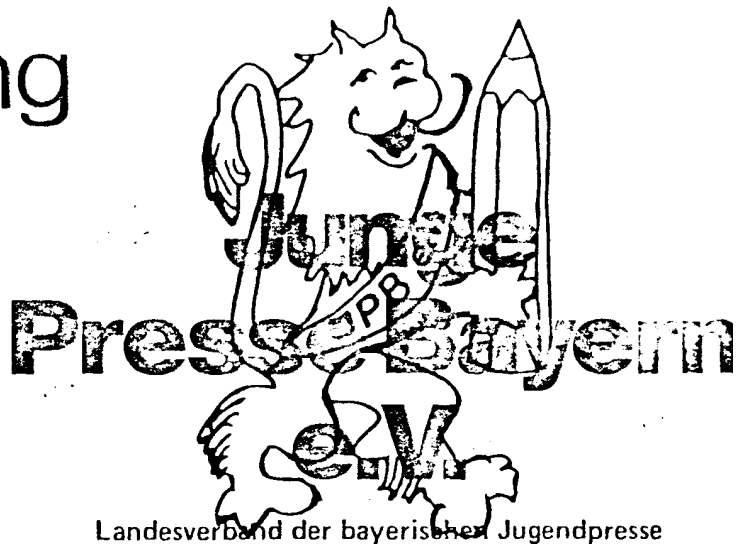


Pressemitteilung

Junge Presse Bayern e.V. – Herzog-Heinrich-Str. 7 – 8000 München 2

Andreas Rösing
Carossastr. 1a
8340 Pfarrkirchen
08561/6348



L

┘

Landesverband der bayerischen Jugendpresse

Geschäftsjahr

Nummer

Unsere Zeichen

Tag

15. 2. 1982

Bezirksschülersprecher: EUG-Entwurf der Staatsregierung verhindert demokratische Schule - Protestmaßnahmen angekündigt

Auf heftigen Protest der bayerischen Bezirksschülersprecher stieß der Entwurf der Staatsregierung zum Erziehungs- und Unterrichtsgesetz (EUG) .

In einer Stellungnahme, die am Montag dem Bayerischen Landtag übergeben wurde, fordern sie die Verwirklichung des Grundgesetzes in der Schule und die Ausweitung der Mitbestimmung für Schüler, Lehrer und Eltern. Unterstützt werden die Bezirksschülersprecher dabei von der Jungen Presse Bayern, den Jungdemokraten, der Landesarbeitsgemeinschaft der Katholischen Schülerverbände, der Aktion Humane Schule Bayern, den Jungsozialisten und der Erlanger Schülerinitiative.

Die wesentlichen Forderungen der Bezirksschülersprecher und der genannten Verbände sind im einzelnen:

- in allen Bereichen des schulischen Lebens muß eine gleichberechtigte Mitverantwortung und Mitbestimmung sowie Mitentscheidung aller Betroffenen sichergestellt

werden.

- die Schülervertretung von der Klasse bis zur Landesebene muß gewährleistet werden.
- Die wichtigsten Schülerrechte (Anhörungs-, Informationsrecht-, Beschwerde-, und Wahlrecht) sind im Gesetz zu verankern.
- das Grundrecht der freien Meinungsäußerung darf auch in der Schule nicht eingeschränkt werden.
- Schülerzeitungen dürfen keiner Zensur unterliegen, sondern müssen in eigener Verantwortung der Redaktion erscheinen.
- Pädagogische Mittel haben Vorrang vor Ordnungsmaßnahmen.
- Schulversuche sind zu unterstützen und dürfen nicht gegen den Willen der Betroffenen abgebrochen werden.
- Schulen in freier Trägerschaft (z.B. Waldorf- und Montessorischulen) dürfen rechtlich und finanziell nicht hinter staatlichen Schulen zurückstehen.
- Überall dort, wo Schüler, Eltern und Lehrer dies wünschen, sind beispielsweise Gesamtschulen als Angebotsschulen einzurichten.

Dies alles seien, so die Bezirksschülersprecherin von Schwaben, Ulrike Barth, "unabdingbare Forderungen für eine demokratische Schule". Der EUG-Entwurf der Staatsregierung stehe dem genau gegenüber.

Gleichzeitig kündigte der Bezirksschülersprecher von Niederbayern, Andreas Rösing, Protestmaßnahmen gegen das EUG der Staatsregierung an. So wollen die Schülervertreter nächste Woche 100.000 Flugblätter vor Bayerns Realschulen

und Gymnasien verteilen, um über die "undemokratischen Inhalte des Entwurfs der Staatsregierung" aufzuklären, so Rösing.

Wenn der Landtag diesen Entwurf nicht wesentlich verbessert, dann wird sich gegenüber der allgemeinen Schulordnung nichts ändern. Eine wirkliche Mitbestimmung wird es nicht geben, von wesentlichen Grundrechten, wie der Meinungs- und Pressefreiheit können Bayerns Schüler weiterhin nur träumen, klagte Rösing. Das EUG soll noch in dieser Legislaturperiode vom Landtag verabschiedet werden und am 1. Januar 1983 die Allgemeine Schulordnung ablösen.

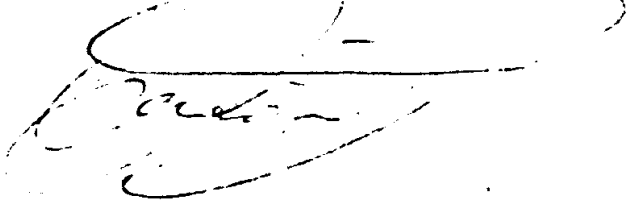
Über die Flugblattaktion hinaus beabsichtigen die Schülersprecher an den Schulen Unterschriften gegen den EUG-Entwurf der Staatsregierung zu sammeln. Diese sollen dann dem Landtag übergeben werden. Auch an eine zentrale Kundgebung in München ist gedacht. In Hinsicht darauf wollen die Schülervertreter im März gemeinsam mit der Jungen Presse Bayern, der Landesarbeitsgemeinschaft der Katholischen Schülerverbände, der Aktion Humane Schule Bayern, den Jungdemokraten und den Jungsozialisten weitere 100 000 Flugblätter verteilen. Nach Rösings Angaben haben weitere bayerische Verbände ihre Bereitschaft erkennen lassen, sich den Forderungen der Bezirksschülersprecher anzuschließen.

Auf die Frage, ob die Schülersprecher für den Fall, daß

der EUG-Entwurf der Staatsregierung im Landtag so durchgeht, eine Empfehlung zur Landtagswahl abzugeben gedenken, antwortete Rösing: "Wenn sich die Staatsregierung und die hinter ihr stehende CSU ausgerechnet im Wahljahr bei Schü-

lern, Eltern und Lehrern unbeliebt machen wollen, dann ist das ihr Bier. Wir werden jedenfalls keine Wahlempfehlung abgeben."

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Andreas Rösing', written over a horizontal line.

Andreas Rösing

Bezirksschülersprecher